

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2018 / V 00030/2	Ausfertigungen: Stabsstelle Integrationsbeauftragte, BFS, DEZ3
Dienststelle: Stabsstelle Integrationsbeauftragte Aktenzeichen:	12.06.2018, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): <input type="checkbox"/> BM Krezer _____ <input type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler _____ <input checked="" type="checkbox"/> BM Köster _____ <input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister _____	

Betreff: Neue Gremienstruktur zur politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Friedrichshafen				
Anlage: Strukturkonzept Integrationsausschuss und Rat der Nationen und Kulturen, Protokoll der Sitzung des Integrationsausschusses am 23.11.2017, Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg (PartIntG BW), Artikel Staatsanzeiger über Integrationsräte				
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm-Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer: Frau Garvin - 20 Minuten
--

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Gemeinderat	18.06.2018	Beschluss	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

<u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u>		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> noch nicht absehbar
Kosten:	<input type="checkbox"/> einmalige Kosten		Betrag: EUR
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten:	Personalkosten	Betrag: EUR
		Sachkosten	Betrag: EUR
Zuschüsse bzw. Beiträge:	<input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)		Betrag: EUR
	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)		Betrag: EUR
MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:			
<input type="checkbox"/> Städt. Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
<input type="checkbox"/> Stiftungs-Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgabereist lfd. Jahr):			EUR
Noch bereitzustellen:			EUR
Deckungsvorschlag:			EUR

Beschlussantrag:

1. Der Empfehlung des Integrationsausschusses wird zugestimmt, dass ein Prozess zur Umstrukturierung des Rates der Nationen und Kulturen und des Integrationsausschusses begonnen wird mit dem Ziel, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Migrantenorganisationen zu stärken.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Prozess zu steuern und zu begleiten, sodass mit dem Beginn der neuen Legislatur des Gemeinderats im Jahr 2019 ein neues Konzept umgesetzt werden kann. Hierzu soll in Zusammenarbeit mit dem Integrationsausschuss und unter Beteiligung der Migrantenorganisationen ein Modell entwickelt werden, das die neuen, mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg (PartIntG BW) 2015 geschaffenen Rechtsgrundlagen berücksichtigt. Dieser Prozess soll mit der Überarbeitung der Kulturvereinsförderrichtlinien verzahnt werden, sodass ein Gesamtkonzept entsteht.

Begründung:

1. Historie

Die Ursprünge der heutigen Gremien „Integrationsausschuss“ und „Rat der Nationen und Kulturen“ gehen auf das Jahr **1993** zurück, als von den ausländischen Einwohnern Friedrichshafens erstmalig ein **Ausländerbeirat** für Friedrichshafen gewählt wurde. Dieser bestand ausschließlich aus Vertretern der ausländischen Bevölkerung und sollte die Verständigung und den Ausbau guter Beziehungen zwischen den deutschen und ausländischen Einwohnern der Stadt sowie zwischen den ausländischen Einwohnern untereinander stärken, die Interessen der ausländischen Einwohner gegenüber den städtischen Gremien artikulieren, städtische Gremien zu diesem Themenfeld beraten und die sozialen und kulturellen Aktivitäten der ausländischen Einwohner fördern. Dabei standen dem Ausländerbeirat das Arbeitsamt, die Ludwig-Dürr-Schule, die Fischbacher Schule und Vertreter der Stadtverwaltung beratend zur Seite.

Im Jahr **2000** wurde der Ausländerbeirat aufgelöst und ein **Ausschuss für Integrationsfragen** als internationaler Beirat für die Kulturen der Stadt etabliert. Gründe hierfür waren u.a. Veränderungen der Situation der Migranten (rechtliche Rahmenbedingungen, kommunales Wahlrecht für EU-Bürger, vermehrte Zuwanderung von Spätaussiedlern, etc.), Defizite bei der politischen Verankerung des Ausländerbeirats, bei der Einbindung des Gemeinderats und bei der Beteiligung sachkundiger Mitbürger sowie eine konfliktreiche Zusammensetzung der Mitglieder aufgrund des Wahlmodus. Festgelegt wurde, dass dieser Ausschuss nicht Bestandteil des Gemeinderats ist und demzufolge keine beratende oder beschließende Funktion hat. Die 21 Mitglieder wurden nicht mehr gewählt, sondern auf Vorschlag für zwei Jahre ernannt. Neben den Migrantenvetretern waren nun auch die Gemeinderatsfraktionen vertreten sowie Verantwortliche aus den Themenbereichen Schule, Arbeitsamt, Kirchen/Kindergärten und Sportvereine.

Im Jahr **2004** wurde diese **Zusammensetzung** etwas **modifiziert** und die Mitgliederzahl auf insgesamt 28 sowie die Zahl der Migrantenvetreter von bisher 11 auf 17 erhöht. Neu hinzu kamen außerdem noch Vertreter des Jugendrats. Hinsichtlich der Repräsentation der verschiedenen Nationalitäten und Ethnien gab es immer wieder Diskussionen.

Im Jahr **2006** wurde die **Amtsperiode** des Integrationsausschusses um drei Jahre bis 2009 **verlängert**. Ziel war es, die Amtszeit der des Gemeinderats anzugleichen.

Im Jahr **2009** wurde schlussendlich das **jetzige Modell** (Integrationsausschuss und Rat der Nationen und Kulturen) entwickelt (DS-Nr. 26/2009). Anlass hierfür waren zum einen die nationalistisch motivierten Differenzen, die die Arbeit dieses Gremiums immer wieder behinderten bzw. stark einschränkten. Aus diesen Erfahrungen war deutlich geworden, dass der Ansatz, Integration an Nationalitäten zu orientieren, überdacht werden musste. Zum anderen zeigte sich, dass die zahlenmäßige Verteilung der Sitze von mittlerweile 32 plus Stellvertreter zu hoch angesetzt war, um eine effiziente Arbeit leisten zu können.

Bereits am 10.01.2008 war die Verwaltung vom Kultur- und Sozialausschuss beauftragt worden, einige Gremien-/Strukturmodelle aus anderen Städten in Baden-Württemberg auf deren Vor- und Nachteile zu prüfen (DS-Nr. 294/2007). Die untersuchten Modelle in anderen Städten zeigten neue Ansätze auf, die sich an der Lebenswelt der Bürgerschaft und der Individuen orientierten und sich mehr als Fachausschuss für Integrationspolitik denn als eine Vertretung der ausländischen Nationalitäten verstanden. Dies erschien besser geeignet, um Maßnahmen und Programme nach Handlungsfeldern und nach tatsächlichen Bedarfslagen der Zugewanderten unabhängig von deren kulturellen Zugehörigkeit zu initiieren. Als Nachteil dieser Modelle hatte sich ein erschwerter Zugang zu den Migrantenvereinen herausgestellt. Dieser Problematik hoffte man für Friedrichshafen durch die Kulturvereinsförderung und den Rat der Nationen und Kulturen zu begegnen.

Von den ursprünglich vier gebildeten Arbeitskreisen des Integrationsausschusses

- 1) „Bildung und Ausbildungschancen für Migrantenjugendliche und Jugendarbeit“
- 2) „Interkulturalität und Integration von Migrantenkindern im Kindergarten“
- 3) „Interkulturalität und Integration von Migrantenkindern in der Schule“
- 4) „Internationales Stadtfest“

existiert heute nur noch der letzte.

2. Aktuelle Situation

In den letzten Jahren kam es häufig zu Terminverschiebungen oder Absagen der Sitzungen von Rat der Nationen und Kulturen und Integrationsausschuss. Hinzu kamen eine mangelnde Teilnahme an den Sitzungen der beiden Gremien und Konfliktsituationen.

Im Jahr **2013** wurden in einer Sitzung des Rats der Nationen und Kulturen daraufhin **Rückmeldungen** gesammelt, aus denen deutlich wurde, dass die Migrantenvereine sich nicht ernst genommen und als Teil der Gesellschaft akzeptiert fühlten. Dies führte zu Motivationsproblemen bzgl. der Teilnahme an den Sitzungen. Außerdem wurde bemängelt, nicht an Planungen beteiligt zu werden.

Im Jahr **2015** fand ein **Workshop mit dem Rat der Nationen und Kulturen** statt. Ziel war es, gemeinsam Visionen, Ziele und konkrete Projektideen zu entwickeln, um dadurch die Beteiligung der Migrantenvereine zu erhöhen und den Rat der Nationen und Kulturen als Institution zu festigen. Die ursprüngliche Planung, darauf aufbauend einen weiteren Workshop mit dem Integrationsausschuss durchzuführen, konnte wegen fehlender Personalkapazitäten leider nicht umgesetzt werden.

Seit vergangenem Jahr hat sich die Situation bei der Verwaltung deutlich verändert. Durch den Stellenantritt der neuen Integrationsbeauftragten sowie den Aufbau der Stabsstelle Integration stehen nun wieder Ansprechpartner und personelle Ressourcen zur Unterstützung der Migrantenorganisationen zur Verfügung. Der Aufbau eines Netzwerks mit den Migrantenvereinen hat auch bereits zu einer Erhöhung der Teilnahme beim Rat der Nationen und Kulturen geführt.

Außerdem wurde im Oktober 2017 ein sehr konstruktiver und zielführender **Workshop mit dem Integrationsausschuss** durchgeführt. In diesem Zusammenhang kamen ganz unterschiedliche Dimensionen zur Sprache, bei denen Verbesserungsbedarf besteht: interne Kommunikation, Arbeitsorganisation, Zusammensetzung, die Umsetzung der im Integrationsausschuss diskutierten Inhalte und die Verzahnung mit dem Rat der Nationen und Kulturen. Dabei fiel vor allem auf, dass das Strukturkonzept aus dem Jahr 2009 zum einen einiges unklar lässt, zum anderen bei vielen überhaupt nicht bekannt ist. Die damalige Umstrukturierung wurde von einigen Migrantenvertretern als aufoktroiert empfunden und deshalb nicht wirklich mitgetragen. Hinzu kam, dass die Funktion des Rats der Nationen und Kulturen als Filter für Themen für den Integrationsausschuss z.T. als Ausgrenzung wahrgenommen wurde.

Im Rahmen der **Antrittsbesuche der Integrationsbeauftragten bei den Migrantenvereinen** wurde unter anderem die Einstellung zum Rat der Nationen und Kulturen thematisiert. Hier wurde ebenfalls deutlich, dass Zielrichtung und Sinnhaftigkeit dieses Gremiums bei den Migrantenorganisationen nach wie vor nicht in der Breite bekannt sind. Kritische Äußerungen betrafen außerdem die Dominanz bestimmter Gruppen und Personen, die mangelnde Teilnahme an den Sitzungen sowie der Umgang mit Konflikten.

Fazit nach vielen Gesprächen und zwei Workshops ist, dass das derzeitige Modell „Integrationsausschuss“ und „Rat der Nationen und Kulturen“ sich nach fast zwei Legislaturperioden nicht wirklich etabliert hat. Diese haben nicht in erhofftem Maße dazu beigetragen, die politische Teilhabe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Friedrichshafen zu gewährleisten. Sicher liegt dies zum Teil auch in der bisherigen Personalsituation der Verwaltung begründet. Hier fehlte es bisher an entsprechenden Kapazitäten und Kontinuität.

In der **Sitzung des Integrationsausschusses am 23.11.2017** wurde daher folgerichtig aus den ausführlich geschilderten und dargelegten Gründen folgender einstimmiger **Beschluss** gefasst:

„Der Integrationsausschuss empfiehlt dem Kultur- und Sozialausschuss zu beschließen, dass ein umfassender Prozess zur Umstrukturierung des Rates der Nationen und Kulturen und des Integrationsausschusses unter Beteiligung der mitwirkenden Migrantenorganisationen begonnen wird. Ziel ist, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Migrantenorganisationen zu stärken.“

Der Kultur- und Sozialausschuss hat am 07.03.2018 in nichtöffentlicher Sitzung den Beschlussantrag einstimmig befürwortet. Auf Anregung aus dem Gremium hat die Verwaltung die Zuständigkeit des Gemeinderats geprüft, mit positivem Ergebnis.

3. Ausblick

Das im Jahr 2015 verabschiedete Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg (PartIntG BW) bietet eine **neue rechtliche Grundlage** für diese Umstrukturierung. In den §§ 11 bis 13 sind Integrationsausschüsse und Integrationsräte verankert, „welche die Gestaltung des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft und insbesondere die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund betreffen.“ Da laut einem Bericht im Staatsanzeiger vom September 2017 die Integrationsräte noch kaum umgesetzt werden, könnte die Stadt Friedrichshafen hier landesweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Dieser Bericht ist der Vorlage als Anlage beigelegt.

Überdies gilt es, den **Umbrüchen im Bereich Migration/Integration** in den letzten zehn Jahren, insbesondere seit 2015, Rechnung zu tragen. Diese betreffen nicht nur den zahlenmäßig starken Zuzug von Flüchtlingen, der auch die Landschaft der Migrantenvereine in Friedrichshafen verändert hat, sondern auch die Entstehung von Migrantenorganisationen neuen Typs, die sich nicht über nationale oder ethnische Herkunft, sondern über Ziele und Handlungsfelder definieren.

Die anstehende **Überarbeitung der Kulturvereinsförderrichtlinien** bietet hier zudem die Möglichkeit, ein in sich schlüssiges und strukturiertes Gesamtkonzept für die Teilhabe und Förderung der Häfler Migrantenorganisationen zu erarbeiten.